



***Der Hauptfeind
steht im eigenen
Land***

Bildungszeitung der SDAJ
#1 / 2021

SDAJ

Einleitung:

Verschärfung der Polizei- und Versammlungsgesetze, Einsatz der Bundeswehr im Inneren, ein sog. bundesweiter „Warntag“, mehr Überwachung durch Geheimdienste: Die Herrschenden bauen die Mittel aus, um jede Form von Widerstand seitens der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unterdrücken zu können. Gleichzeitig steigt der Militärhaushalt jedes Jahr, die Bundeswehr wirbt immer offensiver und in offiziellen Dokumenten wird schon längst kein Hehl mehr daraus gemacht, dass es beim Ausbau der Bundeswehr um geostrategische Interessen geht.¹ Sowohl die Reaktion nach innen als auch die Aggression nach außen ergibt sich aus dem Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus. Die Hetze gegen

Russland und China wird immer aggressiver und unverhohlener.

Diese Bildungszeitung soll sich genau damit auseinandersetzen, zeigen, woher der Hauptfeindbegriff kommt, wie unser Hauptfeind, der deutsche Imperialismus, heute aufgestellt ist, wie er agiert (und warum) – und letztlich, worin unsere Aufgabe als KommunistInnen in und mit der Friedensbewegung besteht.

Es reicht nicht aus, diese Bildungszeitung einfach nur zu lesen. Die Bildungszeitung hat nur dann einen Nutzen, wenn ihr sie lest und dann gemeinsam diskutiert. Und damit nicht genug. Die Bildungszeitung erfüllt erst dann ihren Zweck, wenn ihr eure Fragen und Antworten auf eure Situation bezieht. Wenn ihr an manchen Stellen Begriffsprobleme habt, ist es oft sehr hilfreich, sich das „Kleine politische Wörterbuch“ zur Hand zu nehmen – das gibt es auch antiquarisch für gar nicht so viel Geld.

¹ So heißt es bspw. im Weißbuch der Bundeswehr von 2016: „Unsere Wirtschaft ist ebenso auf gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale Transportwege angewiesen wie auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme. Die Sicherheit maritimer Versorgungswege und die Garantie der Freiheit der hohen See sind für eine stark vom Seehandel abhängige Exportnation wie Deutschland von herausragender Bedeutung. Störungen unserer Versorgungslinien durch Piraterie, Terrorismus und Regionalkonflikte können Auswirkungen auf den Wohlstand unseres Landes haben.“ (S. 50)



1 **Imperialismus und** 2 3 **der Hauptfeind** 4

5
6 Der Kapitalismus der freien Konkurrenz,
7 wie ihn Marx und Engels erlebten, ist
8 spätestens 1914 in sein imperialistisches
9 Stadium übergegangen. Damit ist sowohl
10 die Kriegsgefahr gestiegen, als auch die
11 Notwendigkeit des Ausbaus des Militärs
12 sowie der Repressionsapparate.

13 In seiner Schrift „Der Imperialismus als
14 höchstes Stadium des Kapitalismus“
15 analysierte Lenin die entscheidenden
16 Veränderungen, die der Kapitalismus
17 durchlaufen hat (siehe Kasten). Dabei löst
18 der Imperialismus den Grundwiderspruch
19 zwischen Kapital und Arbeit nicht auf,
20 sondern spitzt ihn vielmehr weiter zu:
21 Durch die Monopolisierung steigt die
22 Vergesellschaftung der Produktion, während
23 der angeeignete Mehrwert in immer weniger
24 Händen, in den Händen der Monopolisten,
25 konzentriert wird.

26 Zwar ist die Welt aufgeteilt, doch ist diese
27 Aufteilung nur vorläufig. Die Staaten streben
28 beständig danach, ihre Stellung gegenüber
29 den anderen zu verbessern und machen sich
30 die Einflussphären untereinander streitig.
31 Die Entwicklung der Staaten verläuft dabei
32 nicht gleichförmig, Lenin hat dies das Gesetz
33 der „Ungleichmäßigkeit der ökonomischen
34 und politischen Entwicklung“ genannt
35 und ihm uneingeschränkte Geltung im
36 Kapitalismus zugeschrieben.¹ Verschiedene
37

Faktoren, darunter insbesondere technischer Fortschritt und Kapitalexport, führen dazu, dass manche Staaten ihre Stellung ausbauen, während andere ins Hintertreffen geraten. Dabei führt die imperialistische Konkurrenz fortwährend dazu, dass es zu Verschiebungen innerhalb dieser Ordnung kommt, einst große Imperialisten ins Hintertreffen geraten, sich neue Bündniskonstellationen ergeben usw. Die Kriegsgefahr steigt also gerade durch die ungleichmäßige Entwicklung, gepaart mit der Tatsache, dass Einflussphären nur in Auseinandersetzung mit anderen imperialistischen Mächten erweitert werden können und eben auch dadurch, dass der Imperialismus mit seinen riesigen Produktivkräften und seiner staatsmonopolistischen Organisation die technische und gesellschaftliche Grundlage für riesige Destruktivkräfte schafft.

Imperialismus braucht Militarismus

Das Streben der einzelnen imperialistischen Staaten, zum Zwecke der Profitmaximierung ihre Stellung zu verbessern, macht den Militarismus unabdingbar. Nach außen dient dieser dazu, den eigenen Militärapparat soweit auszubauen, um die eigenen Ansprüche durchsetzen zu können. Ein historisches Beispiel für diesen Zusammenhang ist das Agieren des

ropa, in: Lenin Werke, Band 21, Dietz Verlag, Berlin 1972, Seite 342-346, http://www.mlwerke.de/le/le21/le21_342.htm

1 W.I. Lenin: Die vereinigten Staat von Eu-

1 Deutschen Imperialismus vor, während und
 2 nach dem Ersten Weltkrieg. Der deutsche
 3 Imperialismus hatte im Vergleich zu anderen
 4 Mächten nur wenige Kolonien. Mit dem
 5 Ausbau seiner ökonomischen Stellung ging
 6 das Streben nach der Erweiterung der eigenen
 7 Einflussphären einher, einem „Platz an der
 8 Sonne“ unter den Kolonialmächten, wie es
 9 Staatssekretär Bernhard von Bülow 1897
 10 formulierte. Dieses Ziel führte bereits in den
 11 1890ern zu massiver Aufrüstung, dem Aufbau
 12 der Flotte und dem Ausbau des Heeres seitens
 13 des deutschen Reichs – sowie zur Gründung
 14 von Vereinen zur Verbreitung militaristischer
 15 Ideologie, wie dem Alldeutschen Verband
 16 und seinen Nebenorganisationen, deren
 17 Hauptaufgabe es war, für die aggressive
 18 Außenpolitik innenpolitisch die Heimatfront
 19 aufzustellen. In der Bevölkerung soll eine
 20 möglichst hohe Zustimmung zu Krieg und
 21 Aufrüstung herrschen, Widerstand dagegen
 22 soll neutralisiert werden. So schafft sich der
 23 Imperialismus einen ruhigen Hinterhof, um
 24 seine Aggressionen möglichst ungestört
 25 vorantreiben zu können.

26 Nach innen dient der Militarismus dazu,
 27 den Widerstand der Arbeiterklasse
 28 niederzuhalten. Dabei wird Klassenkampf
 29 von oben besonders auf der ideologischen
 30 Ebene betrieben, um das objektive Interesse
 31 der Massen an Frieden zu verschleiern. Dieser
 32 Aspekt gewinnt im Kriegsfall besondere
 33 Bedeutung, da der Staat dann ein „ruhiges
 34 Hinterland“ braucht, um seine Kriegsziele
 35 durchsetzen zu können. Je mehr Widerstand
 36 er dort erfährt, je weniger die Bevölkerung,
 37 inklusive der Soldaten, hinter dem Krieg steht,
 38 desto weniger kann er sich auf die Aggression
 39 nach außen konzentrieren. Daher werden die
 40 staatlichen Repressionsapparate ausgebaut
 41 und demokratische Rechte bei Bedarf rasch
 42 außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig versucht
 43 die herrschende Klasse, die Bevölkerung
 44 ideologisch für den Krieg zu gewinnen.
 45 Die militaristische Propaganda reicht
 46 dabei von Nationalismus, Rassismus und
 47 Beuteversprechen bis zur Friedensdemagogie,
 48 dem Vertreten von vermeintlich humanitären
 49 und fortschrittlichen Kriegszielen. Als
 50 der Reichstag 1893 beispielsweise die für
 51 die Kapitalisten der Rüstungsindustrie
 52 Riesenprofite versprechende Militärvorlage
 53 zur Aufrüstung unter dem Druck
 54 antimilitaristischer Massenbewegungen
 55 ablehnte, wurde dieser prompt aufgelöst
 56 und die Kriegspropaganda verstärkt. 1914
 57 dann banden Kaiser und Kapital selbst Teile
 58 der politische Linken, indem sie das Feindbild

des rückständigen Russlands schürten –
 eine ideologische Strategie, die auch heute
 noch zieht, aber dazu später mehr. Nach
 dem ersten Weltkrieg verpflichtete der
 Versailler Vertrag das Deutsche Reich zur
 Abrüstung. Der Kriegsschuldartikel war
 außerdem die Grundlage für umfassende
 Reparationsforderungen. Die Kosten dieses
 Friedensschlusses trug die Arbeiterklasse,
 während die deutsche Monopolbourgeoisie
 und ihre militaristischen Handlanger
 an der Macht blieben. Auch wenn sie
 nicht entmachtet wurde, betrachtete
 die herrschende Klasse aufgrund der
 Beschneidungen in der (Rüstungs-)
 Industrie und der außenpolitischen und
 militärischen Handlungsfähigkeit sowie
 weiterer Bestimmungen als „Schandfrieden“
 1. Während die Propaganda der
 Herrschenden gegen die „Schmach von
 Versailles“ anliefe, unterliefen die deutschen
 Militaristen die Vertragsbestimmungen
 und rüsteten insgeheim bereits wieder
 auf, um sich auf den nächsten Griff
 nach der Weltmacht vorzubereiten. Die
 Arbeiterbewegung war unterdessen massiver
 Repression ausgesetzt. Den Zusammenhang
 zwischen Kriegsvorbereitung und blutiger
 Unterdrückung der Arbeiterbewegung
 benannte die KPD, als sie das brutale Vorgehen
 der Berliner Polizei gegen die verbotene
 1.-Mai-Demonstration in Berlin 1929, bei der
 31 Werktätige getötet wurden, „Vorbereitung
 des imperialistischen Krieges“ bezeichnete
 und den Begriff „Blutmai“ für die Ereignisse
 prägte.

Der antiimperialistische Kampf der deutschen KommunistInnen

Die Arbeiterbewegung beschäftigte sich früh
 damit, wie der Klassenkampf im eigenen Land
 zu den internationalen Kräfteverhältnissen
 zwischen den Staaten steht. Dies spiegelt
 sich schon im Kommunistischen Manifest
 wider: Während es mit der zutiefst

1 Lenin bezeichnete den Vertrag als „Raub-
 frieden“, die KPD lehnte den Versailler Vertrag
 ebenfalls ab, jedoch aus grundlegend anderen
 Gründen als das deutsche Kapital. Den Kommu-
 nisten ging es darum, dass nicht mit dem grundle-
 genden imperialistischen Charakter des deutschen
 Staats gebrochen wurde (die Novemberrevolution
 war gerade niedergeschlagen worden), die Kosten
 die Arbeiterklasse zu tragen hatte und die Bestim-
 mungen den Interessen der imperialistischen Sie-
 germächte entsprachen, jedoch nicht die dauer-
 hafte Sicherung des Friedens im Blick hatten.



internationalistischen Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ schließt, hoben Marx und Engels gleichzeitig hervor: „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“¹ Marx und Engels hielten dies für selbstverständlich, schließlich ist es die jeweils eigene Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse des Landes unterdrückt und ausbeutet.

Doch die Veränderungen des Kapitalismus im imperialistischen Stadium werfen die Frage auf, ob diese eindeutige Aussage aus dem Manifest immer noch richtig ist. Inwiefern gilt das noch, wenn einige wenige imperialistische Großmächte die Welt unter sich aufgeteilt haben? Ist es dann nicht vielleicht wichtiger, gemeinsam in allen Ländern gegen den mächtigsten imperialistischen Staat vorzugehen?

Während des ersten Weltkriegs, dem bis dahin brutalsten Ausdruck der zugespitzten Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten, verfasste Karl Liebknecht im Mai 1915 das Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Zu diesem Zeitpunkt hatte die SPD sich längst von ihren revolutionären Wurzeln verabschiedet und die Interessen der Arbeiterklasse verraten, indem sie im Parlament den Kriegskrediten zugestimmt und sich damit im Krieg auf die Seite der deutschen Bourgeoisie gestellt hatte.² Lieb-

knecht hielt dem entgegen: „Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde. Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“³ In dem Zitat finden sich gleich drei Punkte, die für die Frage des Verhältnisses von nationalem und internationalem Klassenkampf relevant sind.

Erstens benennt Liebknecht, dass die deutsche Arbeiterklasse ihren Hauptfeind in der deutschen Bourgeoisie zu suchen habe. Damit vertrat er eine grundlegend andere Linie als die opportunistische SPD-Führung. Diese hatte sich bemüht, den Antikriegsprotesten der Arbeiterbewegung die Spitze zu nehmen, indem sie sich der von den Herrschenden ausgegebenen Losung „Gegen den Zarismus!“

beiterbewegung organisiert, darunter auch die Kommunistinnen und Kommunisten. Mit dem Ersten Weltkrieg und der Zustimmung zu den Kriegskrediten vollzog sich der Bruch zwischen dem opportunistischen Teil und dem revolutionären, letzterer gründete zunächst die USPD (1917), später die KPD (1919). Liebknecht hatte im Dezember 1914 bei der zweiten Abstimmung über die Kriegskredite als einziger Abgeordneter der SPD-Fraktion dagegen gestimmt und damit eine neue Phase des antimilitaristischen Kampfs der Arbeiterbewegung wie auch der Auseinandersetzung in der SPD eingeläutet.

³ Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!, Flugblatt vom Mai 1915, http://www.mlwerke.de/kl/kl_001.htm

¹ Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR. S. 459-493, S. 473. http://www.mlwerke.de/me/meo4/meo4_459.htm

² In der SPD und ihren Vorläuferorganisationen wie dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hatte sich die fortschrittliche Ar-

1 anschloss, Russland und Österreich-Ungarn
 2 als Hauptkriegstreiber benannte, um von der
 3 eigenen Kriegstreiberei abzulenken, und den
 4 Krieg zum Verteidigungskrieg¹ erklärte. Lieb-
 5 knecht betonte demgegenüber, dass es sich
 6 bei dem Krieg um einen „imperialistischen
 7 Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Be-
 8 herrschung des Weltmarktes“² und einen
 9 um einen „von der deutschen und österrei-
 10 chischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel
 11 des Halbabolutismus und der Geheimdip-
 12 lomatie hervorgerufenen Präventivkrieg“³
 13 handele, den keines der beteiligten Völker
 14 gewollt habe. Zweitens: Obwohl Liebknecht
 15 das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch
 16 verantwortlich machte, erklärte er nicht den
 17 deutschen Imperialismus zum Hauptfeind
 18 aller Völker Europas, sondern leitete die Ant-
 19 wort auf die Hauptfeindfrage grundsätzlich
 20 her und stellte sich auf den Standpunkt, den
 21 schon Marx und Engels im Kommunistischen
 22 Manifest vertreten hatten – der Hauptfeind
 23 jedes Proletariats ist die eigene Bourgeoisie.
 24 Nur indem die Arbeiterbewegung in jedem
 25 Land ihre Kapitalistenklasse bekämpft, kann
 26 der Krieg beendet werden. Damit machte er
 27 drittens klar, dass der Kampf gegen die eige-
 28 ne herrschende Klasse die größte internatio-
 29 nalistische Tat der Arbeiterklasse ist und die
 30 wichtigste Aufgabe im Kriegsfall.

31 32 **Hauptfeind und** 33 **Hauptkriegstreiber**

34 So argumentierte auch der spätere Vorsitzen-
 35 de der italienischen KP Palmiro Togliatti 1935
 36 auf dem VII. Weltkongress der Kommunisti-
 37 schen Internationale. Togliatti unterscheidet
 38 dort zwischen dem Hauptfeind und dem
 39 Hauptkriegsbrandstifter, oder Hauptkriegs-
 40 treiber: „Wir konzentrieren das Feuer auf den
 41 deutschen Faschismus, diesen Hauptkriegs-
 42 brandstifter in Europa. Wir sind bemüht, alle
 43 Verschiedenheiten, die in den Positionen der
 44
 45
 46

47 ¹ Sie stützten sich dabei auf Zitate von
 48 Marx und Engels, in denen diese die Möglichkeit
 49 eines Verteidigungskriegs gegen Russland aufge-
 50 gemacht hatten. Dabei ignorierten sie jedoch den
 51 Kontext: Marx und Engels hatten dies in der vorim-
 52 perialistischen Periode geschrieben, als Russland
 53 das Zentrum der europäischen Reaktion war, so-
 54 dass sie – unter bestimmten Bedingungen – einen
 55 Verteidigungskrieg für gerechtfertigt hielten.

56 ² Liebknechts Ablehnung der Kriegskre-
 57 ditede, Illegales Flugblatt des Spartakusbundes, De-
 58 zember 2014, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebnecht/1914/12/reichstag.htm>

³ <https://www.jungewelt.de/artikel/219272.verwirrungsregie.html>

einzelnen imperialistischen Mächte beste-
 2 hen, auszunutzen. Wir müssen sie im Inter-
 3 esse der Verteidigung des Friedens geschickt
 4 ausnutzen und dabei keine Minute verges-
 5 sen, dass der Schlag gegen den Feind im eige-
 6 nen Land, gegen den ‚eigenen‘ Imperialismus
 7 gerichtet werden muss.“⁴

Mit dieser Orientierung setzten sowohl
 Liebknecht, als auch später Togliatti, den
 Versuchen der Herrschenden etwas entgegen,
 die Arbeiterklasse entgegen ihren objektiven
 Interessen für den Krieg zu gewinnen,
 indem man den gegnerischen Staaten die
 Kriegsschuld zuschob, ein gemeinsames
 Interesse am Krieg von Bourgeoisie und
 Proletariat heraufbeschwor und so den
 Krieg legitimierte. Die eigene Bourgeoisie
 als Hauptfeind zu erkennen, bewahrt davor,
 sozialpartnerschaftliche und chauvinistische
 Positionen anzunehmen und sich mit den
 Interessen der Herrschenden gemein zu
 machen, wie es die SPD im Ersten Weltkrieg
 getan hat. Im Kampf für ihre Interessen
 gegen die eigene herrschende Klasse lernt
 die Arbeiterklasse, die chauvinistische
 Propaganda der Herrschenden zu entlarven
 und erfährt die Notwendigkeit des
 proletarischen Internationalismus. Die
 Arbeiterbewegung hat im eigenen Land die
 besten Voraussetzungen, der Bourgeoisie
 entscheidende Schläge zu versetzen – etwa
 durch Streiks und Massenproteste. Und je
 weniger sich die herrschende Klasse auf eine
 „ruhige Heimatfront“ verlassen kann, desto
 eingeschränkter sind ihre Möglichkeiten, die
 Arbeiterklasse anderer Länder auszubeuten,
 anzugreifen und zu unterjochen.

43 **Verhältnisse zwischen** 44 **imperialistischen Staaten**

Wenn wir sagen, dass der Hauptfeind die
 eigene Monopolbourgeoisie ist, müssen wir
 natürlich beachten, in welchem Verhältnis
 sie sich zu anderen imperialistischen
 Ländern aktuell befindet. Natürlich kann
 sich die BRD militärisch nicht mit den USA
 messen und steht ihr auch ökonomisch
 hintan. Die transatlantischen Beziehungen
 sind entsprechend eine Partnerschaft der
 imperialistischen Räuber, aber eben keine
 gleichberechtigte, sondern mit klar verteilten

⁴ Zitiert nach: Protokoll des VII. Weltkon-
 gress der Kommunistischen Internationale, Band II,
 Verlag Neuer Weg, Stuttgart 1976, S. 770. Togliatti
 trat auf dem Kongress unter seinem Decknamen
 Ercoli auf, seine Rede ist in den Protokollbänden
 unter diesem Namen zu finden.

1 Rollenbeidenen die USA die des (absteigenden,
 2 aber noch weit übermächtigen) Hegemons
 3 haben und die BRD Juniorpartner mit
 4 tendenziell steigendem Gewicht ist. Für die
 5 Verwirklichung ihrer eigenen mittel- und
 6 langfristigen Profitinteressen ist die deutsche
 7 Bourgeoisie bereit, den USA Stützpunkte und
 8 Überflugrechte zu gewähren, Sanktionen
 9 gegen andere Staaten (mal mehr, mal
 10 weniger) mitzutragen, auch wenn solche
 11 Maßnahmen kurzfristig Arbeitsplätze und
 12 Profit kosten – wie aktuell bei den Sanktionen
 13 gegenüber Iran oder Russland. Sie riskiert
 14 damit auch, das Land in einen großen Krieg
 15 mit hineinzuziehen, der sehr wahrscheinlich
 16 auch in Europa, auch auf deutschem Boden
 17 ausgetragen werden würde. Sie setzt damit
 18 u.U. das Überleben der gesamten Gesellschaft
 19 aufs Spiel. In dieser Situation kämpfen
 20 wir gegen unsere Bourgeoisie, gegen ihr
 21 Mitmachen in dieser imperialistischen
 22 Partnerschaft in der NATO, aber eben nicht
 23 an ihrer Seite gegen die (phantasierte)
 24 Fremdbestimmung Deutschlands durch die
 25 NATO.
 26 Wäre Deutschland ein besetztes Land
 27 – so wie Frankreich als imperialistische
 28 Großmacht im 2. Weltkrieg von einer anderen
 29 imperialistischen Großmacht, nämlich dem
 30 Deutschen Reich, besetzt war – wäre der
 31 Kampf selbstverständlich anders zu führen.
 32 Dann wäre der Hauptfeind die fremde
 33 Besatzungsmacht. Allerdings müsste auch
 34 hier der Kampf so geführt, dass der eigenen
 35 Bourgeoisie nicht die Führung im Kampf
 36 überlassen wird, sondern den Kampf um
 37 die Befreiung von der Selbstherrschaft zu
 38 nutzen, um sich ganz von der Herrschaft der
 39 Bourgeoisie zu befreien. Genauso arbeitete
 40 die französische KP: Sie kämpfte sowohl
 41 gegen den Teil der französischen Bourgeoisie,
 42 die sich mit den faschistischen Besatzern
 43 verbündet hatte (Vichy-Regierung) als auch
 44 gegen die Besatzer selbst und verbündete
 45 sich in der Résistance mit den Kräften, die

ebenfalls dazu bereit waren – auch wenn es
 nach der Befreiung von Faschismus auch in
 Frankreich nicht gelang, den Befreiungskampf
 in eine sozialistische Revolution zu vertiefen.
 Allgemein heißt das: Wir müssen die nationale
 Frage aufnehmen (d.h. die Verwirklichung der
 Interessen an Frieden, echter Demokratie und
 dem Erhalt von Natur und Umwelt der über-
 großen Mehrheit der Angehörigen unserer Na-
 tion, also der nicht-monopolistischen Schichten)
 und ihre Lösung mit dem Sturz der Monopol-
 bourgeoisie zu verbinden. Unterlassen wir das,
 überlassen wir dieses Feld der Monopolbour-
 geoisie, die ihre Interessen als die nationalen
 ausgibt und ihren faschistischen Anhängseln,
 die auf diese Täuschung hereinfliegen und de-
 nen die Durchsetzung dieser fälschlicherweise
 als die eigenen verkannten Interessen radikaler
 durchsetzen wollen. Kurz: Die nationale Frage
 ist bedeutsam und sollte von uns nicht gering-
 geschätzt werden – sie ist aber nur gegen und
 niemals mit der eigenen Monopolbourgeoisie
 lösbar. Wieder anders sieht die Situation in vom
 Imperialismus unterdrückten und ausgebeu-
 teten Ländern der sogenannten „Dritten Welt“
 aus – es kommt eben immer auf die konkrete
 historische Situation an.

Werkzeugkontrollfragen:

1. Wie ist sieht die Konkurrenz zwi-
 schen kapitalistischen Ländern im Sta-
 dium des Imperialismus aus? Kennt
 ihr aktuelle Beispiele dazu?
2. Inwiefern ist Aggression nach au-
 ßen im Imperialismus immer mit Ag-
 gression und Repression nach Innen
 verbunden? An welchen aktuellen
 Tendenzen macht sich das deutlich?
 Was ist der Unterschied zwischen
 Hauptfeind und Hauptkriegstreiber?
 Wer sind diese aktuell für uns?

Diskussionsfragen:

1. Warum steht der Hauptfeind für
 uns auch heute noch im eigenen
 Land? Diskutiert an konkreten Bei-
 spielen.
2. Die USA sind derzeit der Haupt-
 kriegstreiber und sind, u.a. in Büchel,
 weltweit stationiert. Wie kann ein
 Kampf dagegen aussehen, wenn
 unser Hauptfeind doch der deutsche
 Imperialismus ist?
3. [Optional] Inwiefern lässt sich die
 Unterscheidung zwischen Hauptfeind
 und Hauptkriegstreiber in imperialis-
 tisch unterdrückten Ländern anwen-
 den, inwiefern in von einem anderen
 Staat besetzten?



Lenins Imperialismustheorie

Der Begriff „Imperialismus“ wird weitläufig gerne als ein historischer benutzt (vor allem für die Zeit des Kolonialismus bis Mitte des 20. Jahrhunderts) oder als Synonym für eine besonders aggressive Außenpolitik einzelner Staaten. Für uns meint dieser Begriff jedoch keine abgeschlossene Menschheits-epoche, und er umreißt auch keine subjektive Art, wie Politik gemacht wird. In unserer Analyse ist der Imperialismus die Epoche, in der wir leben. Er ist das „höchste Stadium des Kapitalismus“, wie Lenin schon 1916 feststellte. Der Imperialismus stellt demnach eine qualitativ höhere Stufe im Vergleich zum Kapitalismus der freien Konkurrenz dar, da sich durch Konzentration von Produktionsmitteln und Kapital Monopole gebildet haben, die den Markt in bestimmten Wirtschaftsbereichen dominieren. Neben der Kapitalkonzentration benennt Lenin noch vier weitere Merkmale des Imperialismus: Verschmelzen von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital, der Export von Kapital gewinnt gegenüber dem Warenex-

port eine höhere Bedeutung, die Aufteilung der Welt unter Kapitalistenverbänden und letztlich die abgeschlossene Aufteilung der Welt durch die imperialistischen Staaten ist abgeschlossen und kann nicht mehr ohne Aggression/Konfrontation unter diesen Staaten neuverteilt werden.

Das heißt aber nicht, dass es keine Konkurrenz mehr gibt: diese wird nun auf höherer Stufe – also in verschärfter Form, zwischen den Monopolen - ausgetragen und hierbei fungiert auch der bürgerliche Staat als ideeller Gesamtmonopolist¹, der im Interesse

¹ „Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“ (Friedrich Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl)

seiner Monopole agiert. Deren Interesse ist das Gewinnen von Absatzmärkten, Einflussbereichen und Rohstoffen. Da die Aufteilung der Welt aber um 1900 abgeschlossen war und bis heute ist, geschieht dieses Agieren immer in Konkurrenz. Der Imperialismus agiert darin immer aggressiv, ob durch ökonomischen oder politischen Druck und hat auch stets die Option des Krieges parat, in dem die starken Produktivkräfte des Monopolkapitals in Destruktivkräfte umschlagen. Dieser Abriss hier ist mehr als knapp gehalten. Dazu mehr im Abschnitt „Imperialismus und Antiimperialismus“ in der Grundlagenschule der SDAJ!

Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 1962, Berlin/DDR. S.222, bzw. http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_210.htm) Engels in seiner Einschätzung des bürgerlichen Staates folgend, ist der Staat im monopolkapitalistischen Stadium jener, der dafür sorgt, der die objektiven Interessen „seiner“ Monopole bewahrt und die Verhältnisse weder durch einzelne (Monopol-)Kapitalisten und ihr Agieren, noch durch eine organisierte Arbeiterbewegung ins Wanken geraten.



Arbeiteraristokratie

Unter dem Begriff „Arbeiteraristokratie“ versteht man materiell besser gestellte Arbeiter, wie z.B. die Oberschicht der Facharbeiter, Aufseher, Meister, Vorarbeiter und technische Angestellte, die für die Leitung und Überwachung des Produktionsprozesses zuständig sind.

Im Vergleich zu ihren KollegInnen bekommt diese besondere soziale Schicht des Proletariats eine höhere Entlohnung und sonstige finanzielle Vorteile, Weisungsbefugnis und größere gesellschaftliche Wertschätzung. Aus der Schicht der Arbeiteraristokratie entstand die Arbeiterbürokratie, die sich vor allem aus hauptamtlichen Funktionären der Gewerkschaften, der Genossenschaften und Versicherungskassen sowie verschiedenster Parteien zusammensetzt.

Möglich wurde diese Bestechung dem Monopolkapital durch die Monopolprofite aus den Beziehungen zu den unterentwickelten gehaltenen Ländern, die auch nach der Unabhängigkeit der Kolonien nicht geringer geworden sind – im Gegenteil.

Neben hohen Löhnen, kommen bei der Arbeiterbürokratie noch die Privilegien der Befreiung von körperlicher Arbeit, die Sicherung des Arbeitsplatzes und eine sichere Rente

hinzu. Heute addieren sich weitere Vorteile, wie geringere Arbeitszeiten, kein oder weniger Schichtdienst, oder die Garantie, nicht einfach von einem Standort zum nächsten versetzt zu werden.

Man spricht in dem Kontext auch oft von „Betriebsratsfürsten“. Bei der Oberschicht der Facharbeiter (zumindest in manchen Berufsgruppen) hingegen, beschränken sich die Privilegien auf höhere Löhne.

Menschen, die der Arbeiteraristokratie und/oder der Arbeiterbürokratie angehören, geht es persönlich, so wie es ist, besser. Sie merken nicht, dass sie den Sturz des Kapitalismus brauchen bzw. scheint das aktuelle System ihnen sogar zu nutzen. Somit werden sie sich nach Lenin „bewusst oder unbewusst – zu Vertretern der bürgerlichen Ideologie entwickeln“. Arbeiteraristokraten und -bürokraten werden also mit hoher Wahrscheinlichkeit in Opposition zur Arbeiterbewegung geraten und unter ihren KollegInnen vermutlich keine revolutionären, sondern (wenn überhaupt) reformistische Positionen einnehmen und Illusionen (in Aufstiegsmöglichkeiten und Wohlstandsversprechen) des Kapitalismus verbreiten. Je nachdem, wie es auch um die Kräfteverhältnisse in Betrieb und Gewerkschaft bestellt ist, werden Ar-

beiteraristokraten und -bürokraten objektiv und mehrheitlich zu integrierenden und systemstützenden Faktoren. Dabei darf der subjektive Faktor nicht vergessen werden – und auch nicht, dass nicht alle, die sich auf die falsche Seite geschlagen haben, für immer für uns verloren sind.

Mit ihrem Agieren schwächen sie den Bewusstseinsstand und die Kampfkraft innerhalb der Arbeiterklasse. Lenin benutzt für sie auch Begriffe wie „Handlanger“ bzw. „Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung“. Denn das ist überhaupt erst der Grund, warum das Kapital kleinen Teilen des Proletariats vergleichsweise hohe Löhne zahlt und andere Zugeständnisse macht: Die Unternehmer brauchen Leute innerhalb der Arbeiterklasse, die (wie z.B. hohe Gewerkschaftsleute) die Arbeiter und Arbeiterinnen besser erreichen können als die Unternehmer selber und somit mehr Einfluss auf sie haben. Sie brauchen die Arbeiteraristokratie und -Bürokratie, um unter den ArbeiterInnen Illusionen in die Aufstiegsmöglichkeiten im Kapitalismus zu schüren und revolutionären Tendenzen durch Spaltung der Arbeiterklasse vorzubeugen.



1 **Deutscher** 2 3 **Imperialismus heute**

4 5 6 **Nichts gelernt nach 1945?** 7

8
9 Können wir heute noch vom „deutschen“
10 Imperialismus sprechen, wo doch so
11 viel über die EU geregelt wird? Warum
12 sollten andere EU-Staaten ein aggressiv-
13 militaristisches Deutschland tolerieren,
14 das doch 1945 in die Schranken gewiesen
15 wurde? Schauen wir uns die Entwicklung
16 an: Vor der „Europäischen Union“ (EU) gab
17 es schon eine „Wirtschaftsgemeinschaft“
18 (EWG) und davor eine Gemeinschaft für
19 Kohle und Stahl (Montanunion). Schon in
20 den 1950ern versuchte sich der westdeutsche
21 Imperialismus durch Monopolisierung der
22 Schwerindustrie von den Kriegsnachwehen
23 zu erholen.

24
25 1945 hieß es: Von deutschem Boden darf

nie wieder Krieg ausgehen! Die deutschen Konzernherren hatten im Kampf um die Neuaufteilung den Ersten wie den Zweiten Weltkrieg angezettelt und verloren. Dazu Lenin: „Die Kapitalisten teilen die Welt unter sich auf nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um überhaupt Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung ‚nach dem Kapital‘, ‚nach der Macht‘ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung“.¹

Der Nachbar und Konkurrent Frankreich beobachtete diese rasche Entwicklung Westdeutschlands mit Skepsis und versuchte

¹ W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Lenin Werke, Band 22, Berlin 1960, S. 189-309, http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_189.htm

Text 2

1 gleichzeitig, die westdeutsche Industrie
2 durch westeuropäische Projekte einzubinden
3 und so besser zu kontrollieren. Denn in
4 einem waren sich die Westmächte sicher: Sie
5 brauchten die Bundesrepublik als „Bollwerk
6 gegen den Sozialismus“. Den Beitritt zur
7 NATO (1955) konnten dementsprechend
8 nicht nur die deutschen Imperialisten kaum
9 erwarten. Auch der US-Imperialismus, der mit
10 dem Marshall-Plan (einem antisowjetischen
11 Finanzförderprogramm für das west- und
12 südeuropäische Monopolkapital) schon die
13 politisch-ökonomische Bindung herstellte,
14 suchte die Integration der BRD ins Lager des
15 Imperialismus.

16 Schon damals wurde schnell über den Aufbau
17 einer Armee im Rahmen einer „Europäischen
18 Verteidigungsgemeinschaft (EVG)“ diskutiert.

19
20 Der Vorschlag einer europäischen
21 Gemeinschafts-Armee in Form des sog.
22 „Pleven-Plans“ scheiterte 1954 zunächst.
23 Hauptgrund dafür waren wohl die Vorbehalte
24 der französischen Bourgeoisie kurz nach den
25 Erfahrungen des 2. Weltkriegs, durch eine
26 solche Armee dem deutschen Nachbarn zu
27 viel militärische Macht zurückzuspielen.
28 Stattdessen wurde in den Einzelstaaten
29 weiter aufgerüstet. Im Sinne imperialistischer
30 Kooperation wurden aber weitere Verträge
31 geschlossen: Eine Atomgemeinschaft,
32 eine allgemeine Wirtschaftsgemeinschaft,
33 ein gemeinsames Parlament und ein
34 Gericht. Während sich Frankreich aus der
35 Zusammenarbeit versprach und verspricht,
36 den aggressiven, deutschen Imperialismus
37 klein zu halten, schielte Deutschland damals
38 wie auch heute auf neue Macht.

39 Das westdeutsche Großkapital konnte
40 durch die Kooperation mit den EWG-
41 Staaten seine Industrieproduktion schon
42 1968 auf die Größe von Frankreich und
43 Italien zusammengerechnet steigern. Die
44 Exportwirtschaft der BRD war also schon früh
45 der Riese in der EWG.

46
47 1989 bis 1991 siegte in Osteuropa die
48 Konterrevolution. Was wenige Jahre vorher
49 noch kaum denkbar war, ist wahr geworden:
50 Das neue, imperialistische Großdeutschland
51 ist nicht nur wirtschaftlich die stärkste
52 Macht auf dem Kontinent, sondern auch
53 geostrategisch.

54 1998 wird Kohl nach 16 Jahren abgewählt und
55 die SPD erobert das Kanzleramt – zusammen
56 mit der Partei, die aus der Friedensbewegung
57 hervorgegangen ist: Die Grünen. Doch was
58 hilft der Leitspruch, dass von deutschem

Boden nie wieder Krieg ausgehen soll, wenn
die Regierung nun mal die Interessen der
herrschenden Klasse vertreten möchte.
Ein Jahr später überfällt die Bundeswehr
zusammen mit anderen Imperialisten die
Bundesrepublik Jugoslawien.

Konflikte treten offener zutage

Das Verhältnis zwischen den USA und den
westeuropäischen Imperialisten ist nicht frei
von Widersprüchen. Einerseits haben die USA
ein Interesse an einer stärkeren Einbindung
europäischer Staaten in die NATO und an der
geordneten, von ihr kontrollierten Übergabe
von Verantwortung, etwa im Nahen Osten,
an andere Akteure. Mit der Sowjetunion
fiel der gemeinsame Feind, das Hauptmotiv
für die Kooperation von BRD und USA, weg.
Dabei heißt ein stärkeres Engagement in
der NATO aus Sicht der Herrschenden in
Deutschland jedoch nicht, wie es oft den
Anschein hat, eine stärkere Unterordnung
unter die USA. Im Gegenteil, Deutschland
setzt sich seit jeher für eine Stärkung des
„europäischen Standbeins“ der NATO ein. Ein
wichtiges Projekt in diesem Rahmen heißt
PESCO. Hinter der Abkürzung versteckt sich
die „ständige strukturierte Sicherheits- und
Verteidigungszusammenarbeit“, oder wie es
die ehemalige Kriegsministerin von der Leyen
ausdrückt: Eine „Armee der Europäer“. Zwar
sind bei PESCO nicht alle EU-Staaten dabei,
aber immerhin ganze 23 Stück.

Nahezu jede Militärinvestition in der EU ist
auch eine Investition in die Schlagkraft der
NATO. Schließlich sind die meisten Staaten
der EU auch NATO-Mitglieder. Gleichzeitig
schaffen sich die tonangebenden EU-Staaten,
allen voran Deutschland und Frankreich,
mit dem Aufbau von EU-Militärstrukturen,
oder gar einer EU-Armee, nicht nur die
Grundlage für eine stärkere Position in der
NATO gegenüber den USA, sondern auch
eine Alternative für ein Szenario, in der die
NATO an ihren inneren Widersprüchen als
imperialistisches Bündnis zerbricht.

Bundesregierung und Bundeswehr verfolgen
eine Doppelstrategie des gleichzeitigen
Ausbaus der eigenen Rolle in der NATO und
des Aufbaus von EU-Strukturen. Die NATO
wird, insbesondere wieder seit Beginn des
Kriegs in der Ukraine 2014 und trotz der sich
offen durch Unterstützung verschiedener
politischer Fraktionen zeigenden
Interessengegensätze zwischen BRD/EU

1 und USA, als die entscheidende Instanz
 2 zur Interessendurchsetzung in Osteuropa
 3 und Asien gesehen. Die Erweiterung des
 4 militärischen, politischen und ökonomischen
 5 Einflussbereiches nach Osten wird im
 6 Wesentlichen im Rahmen der NATO
 7 vorangetrieben und abgesichert. In anderen
 8 Regionen, so z.B. in Nordafrika und im Nahen
 9 Osten, wird hingegen auf den Auf- und
 10 Ausbau von EU-Strukturen gesetzt. Beispiele
 11 hierfür sind die EU-Trainingsmissionen in
 12 vielen afrikanischen Staaten sowie der v.a.
 13 von Deutschland und Frankreich getragene
 14 Militäreinsatz in Mali.

15
 16 **Neue Macht – neue**
 17 **„Verantwortung“?**
 18

19
 20 Was lange Zeit nicht offen gesagt werden
 21 konnte, ist spätestens seit dem Papier „Neue
 22 Macht. Neue Verantwortung“ (2013) offen
 23 formulierter Anspruch der Bundesregierung
 24 und ihrer Monopole: Um auf der
 25 internationalen politischen Bühne mitspielen
 26 zu können, müsse Deutschlands militärische
 27 Stärke mit seinem wirtschaftlichen Gewicht
 28 gleichziehen. Die Erlangung „strategischer
 29 Autonomie“ ist seitdem eines der Hauptziele
 30 bundesdeutscher Außenpolitik.¹ Die sich
 31 verändernde Rolle Deutschlands in der NATO
 32 sowie der von Deutschland vorangetriebene
 33 Auf- und Ausbau (zivil-)militärischer
 34 Strukturen innerhalb Deutschlands und der
 35 EU sind dabei von zentraler Bedeutung.

36 Das Papier sagt, Deutschland dürfe sich
 37 aus Kriegen nicht heraushalten. Es müsse
 38 im Eigeninteresse mitmischen. Auch sollen
 39 „bewährte Partnerschaften“ wie EU und
 40 NATO „Vorrang haben vor den Beziehungen
 41 zu den aufsteigenden Mächten“. Deutschland
 42 müsse Mächte wie Russland einbinden
 43 „oder sie einhegen, indem es sie in ihrem
 44 Handlungsspielraum einengt.“ Die NATO
 45 sei ein „einzigartiger Kräfteverstärker für
 46 deutsche sicherheitspolitische Interessen“.

47
 48 1 Wer sich mit dem Thema tiefer ausein-
 49 andergesetzt hat, dem mag u.U. aufgefallen sein,
 50 dass der Begriff der „strategischen Autonomie“
 51 oft benutzt und in letzter Zeit auch einige Wandel
 52 durchgemacht hat, hin zu einer Loslösung von der
 53 NATO, die der deutsche Imperialismus nicht be-
 54 zweckt, da er von einer Mitgliedschaft profitiert.
 55 Annegret Kramp-Karrenbauer nennt „strategische
 56 Autonomie“ deshalb eine „Illusion“. Die prinzi-
 57 pielle Ausrichtung auf das Ziel „strategische Au-
 58 tonomie“ für ihre Außen- und Sicherheitspolitik,
 behält der deutsche Imperialismus jedoch unge-
 brochen bei. Vgl.: <https://www.politico.eu/article/europe-still-needs-america/>

Die Unterstützung des Putschs in der Ukraine,
 Merkels Einsatz für Sanktionen gegen
 Russland, die Aufrüstung und Bundeswehr-
 Präsenz an den EU-Ostgrenzen folgen dieser
 Strategie.

Volker Perthes, Vorsitzender der „Stiftung
 Wissenschaft und Politik“, die das o.g.
 Papier maßgeblich mit entwickelt haben,
 definiert strategische Autonomie wie
 folgt: „die Fähigkeit, selbst außen- und
 sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen
 und Entscheidungen zu treffen (...) Ein
 hoher Grad an strategischer Autonomie
 befähigt dazu, Regelwerke in der
 internationalen Politik aufrechtzuerhalten,
 weiterzuentwickeln oder zu schaffen und sich
 nicht unwillentlich fremden Regelwerken
 unterwerfen zu müssen. Das Gegenteil
 strategischer Autonomie wäre ein Status als
 Empfänger von Regeln und strategischen
 Entscheidungen, die Dritte – die USA, China
 oder Russland – mit unmittelbarer Wirkung
 für Europa treffen. Für Deutschland wird
 strategische Autonomie nur gemeinsam mit
 seinen europäischen Partnern zu erreichen
 sein.“

Ganz offen wird der Anspruch, sich
 unabhängiger vom US-Imperialismus zu
 machen, formuliert.

Nicht nur der ehemalige US-Präsident Trump
 hat die Volksrepublik China – unter den
 eben genannten - als besonders wichtigen
 Feind auserkoren. Seit der letzten großen
 kapitalistischen Weltwirtschaftskrise
 bis heute, entfaltet Peking ökonomische
 Potenzen, die die wirtschaftliche Hauptmacht
 USA nicht nur aufholen, sondern auch
 schnell überholen werden. Nicht nur Trump
 bzw. Biden oder die Hauptkriegstreiber in
 Washington, sondern auch unser Hauptfeind
 – der deutsche Imperialismus – betrachtet
 China mittlerweile als „systemischen Rivalen“.
 Obwohl Deutschland sowohl mit den USA,
 als auch mit der VR China wirtschaftlich eng
 verflochten ist (Tendenz steigend), spricht
 das ifo-Wirtschaftsinstitut von einem
 „dritten Systemwettbewerb“. International
 wird dies mit Sorge beobachtet: Auf der UN-
 Vollversammlung warnte Generalsekretär
 Guterres vor einem „neuen Kalten Krieg“
 zwischen den Vereinigten Staaten von
 Nordamerika und der Volksrepublik China.
 Aus dem ökonomischen Wettbewerb
 entsteht politischer Druck, der notfalls mit
 militärischen Mitteln ausgetragen wird. Dafür
 ist Berlin sowohl auf engere Kooperation mit

Frieden mit Russland und China!

1 dem großen Bruder USA als auch mit den EU-
2 Staaten angewiesen.

3 Der Vorsitzende der als „Münchner
4 Sicherheitskonferenz“ getarnten Rüstungs-
5 und Militärtagung sagte dazu: „Wir Europäer
6 dürfen uns nicht auf die Zuschauerbank
7 setzen und mal warten, was der Biden
8 hinkriegt oder nicht hinkriegt, sondern wir
9 sollten proaktiv mit der Biden-Administration
10 ein Programm entwickeln, um zu zeigen,
11 dass die transatlantische Zusammenarbeit
12 wieder funktioniert. Dass wir beispielsweise
13 in der Frage des richtigen Umgangs mit
14 China eine gemeinsame Linie zwischen dem
15 eher konfrontativen amerikanischen China-
16 Kurs und dem eher kooperativ geneigten
17 europäischen China-Kurs finden.“
18

19 Fast zeitgleich sprach sich Außenminister
20 Maas für einen „engen Schulterschluss“ von
21 EU und USA gegenüber China aus, während
22 er das kürzlich abgeschlossene EU-China-
23 Handelsabkommen verteidigte. Weiß der
24 deutsche Imperialismus etwa nicht, was er da
25 tut und spielt mit Washington und Peking?
26 Dass das politische Berlin sich seiner Rolle
27 an der Seite der USA durchaus bewusst ist,
28 erklärte Stefan Mair vom Bundesverband der
29 Deutschen Industrie (BDI) im Auswärtigen
30 Ausschuss des Bundestags zu China: „Den
31 Herausforderungen durch China ist kein EU-
32 Mitgliedsstaat allein gewachsen. Antworten
33 auf Chinas Einparteiensystem und staatlich
34 gelenktes Wirtschaftssystem kann nur ein
35 starkes und vereintes Europa geben. Die EU
36 muss ihre wirtschaftliche Stärke gegenüber
37 China stärker in politisches Selbstbewusstsein
38 übertragen und als handlungsfähiger
39 geopolitischer Akteur wahrgenommen
40 werden.“

41 Das Lavieren in der Frage, wie sich zu China
42 verhalten werden soll, zeigt zum Einen, dass
43 es verschiedene Kapitalfraktionen gibt,
44 mit verschiedenen jeweiligen Interessen:
45 Absatzmärkte und Produktionsstandort
46 für jene, unliebsamer Marktkonkurrent
47 für andere. Dementsprechend agiert der
48 deutsche Gesamtmonopolist und versucht,
49 den Interessen seiner Monopole zu
50 entsprechen.

51 Zum anderen ist dieser deutsche
52 Imperialismus stets darauf aus, sich möglichst
53 viel Handlungsspielraum offenzuhalten,
54 um eben jene Interessen bestmöglich
55 und eigenständig durchzusetzen. Von
56 „Vasallentreue“ gegenüber den USA kann
57 hier also nicht die Rede sein.
58

Es ist eine ähnliche Rolle wie die, welche
die Bundesrepublik in den letzten Jahren
gegenüber dem ehemaligen Partner Russland
erfüllt hat: Mit militärischer und politischer
Konfrontation soll die zwar ökonomisch
deutlich schwächere, aber immerhin
militärische Weltmacht, Russland in die
Knie gezwungen werden. Dafür wird auch
ideologisch die Kriegstrommel gerührt. Das
Verhältnis zu Russland ist heute an einem
historischen Tiefpunkt. Zum 75. Jahrestag der
Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz
durch sowjetische Soldaten am 27. Januar
2020, wurde der russische Präsident nicht
eingeladen, die deutsche Kanzlerin hingegen
schon. Während deutsche Soldaten seit
Jahren wieder an der russischen Grenze
stehen, wollte die Bundesregierung nicht
sicher zusagen, ob sie an der Siegesparade
am 9. Mai 2020 teilnehmen werde – dann
kam die Corona-Pandemie auch in Europa an.
Doch die NATO-Großübung an der russischen
Grenze ging erst einmal weiter. Danach ging
es Schlag auf Schlag: Der rechtsradikale
Nawalny sei Freiheitskämpfer, die seit
Jahrzehnten geplante Erdgas-Trasse aus
Russland schmutzig (obwohl es sich künftig
auch für Wasserstoff-Transport nutzen
ließe, aber US-Fracking-Gas sei sauber) und
russischer Impfstoff sei böse (aber wirksam).
Diese Symbolpolitik sagt einiges aus über die
Ziele der Imperialisten.

Aussagekräftig ist auch die aggressive
und antikommunistische öffentliche
Stimmungsmache gegen die VR China:
Als sich die Angst vor dem Corona-Virus
in Deutschland breit machte, titelte das
bekannte Magazin DER SPIEGEL auf seiner
Titelseite mit Bezug auf die Pandemie: „Made
in China“. Schon früher war in dem Blatt von
der „Gelben Gefahr“ die Rede, wenn es um
China ging. Doch neben plumpem Rassismus
gegenüber dem ‚Reich der Mitte‘ – welcher im
Westen spätestens praktiziert wird, seit dem
sich das bevölkerungsreichste Land der Welt
von kolonialen Fesseln befreit hat und selber
regiert – schlagen immer mehr deutsche
Politiker kriegslüsterne Töne gegenüber
Peking an. Ganz vorne mit dabei, wie könnte
es auch anders sein: Die Grünen.

Was hat nun Corona mit der Kriegsgefahr
zu tun? Da das Virus in China dank
schnellem Shutdown bereits 2020 unter
Kontrolle gebracht werden konnte, konnte
die Produktion schnell wieder angekurbelt
werden. Für Berlin vor allem spannend:

1 Immer noch werden viele Produkte deutscher
2 Firmen in China produziert. Doch auch der
3 chinesische Konsum wurde schnell wieder
4 angekurbelt und so ergab sich schnell
5 ein Absatzmarkt für deutsche Exporte,
6 während die Märkte weltweit noch durch
7 die Pandemie gestört sind. Einmal öfter zeigt
8 sich das widersprüchliche Verhältnis zum
9 Rivalen China: Einerseits ist man auf die
10 chinesische Wirtschaftskraft angewiesen,
11 andererseits möchte man gegenüber China
12 nicht noch mehr an Bedeutung verlieren. Die
13 Pandemie machte die Überlegenheit Chinas
14 in der Seuchenbekämpfung aber auch im
15 Umgang mit deren wirtschaftlichen Folgen
16 genauso deutlich, wie die Abhängigkeit der
17 deutschen Wirtschaft von der chinesischen.
18 Diese Entwicklung zwingt die westlichen
19 Imperialisten, allen voran die USA und
20 Deutschland, die Konfrontation mit China
21 zuzuspitzen. Während die USA bereits einen
22 Wirtschaftskrieg gegen China führen, fordern
23 nun auch deutsche Vertreter, wie der frühere
24 Grünen-Chef Reinhard Bütikofer, heute Leiter
25 der China-Delegation der EU, gegenüber der
26 Volksrepublik wirtschaftliche Sanktionen
27 zu verhängen. Franziska Brandner,
28 europapolitische Sprecherin der gleichen
29
30

Partei, sagt mit Bezug auf China, „dass kein
europäisches Land alleine gegen die neuen
Großmachtansprüche bestehen kann. (...)
Der Rückzug der USA zwingt uns Europäer
dazu, zur Macht zu werden“. Doch ein
Wirtschaftskrieg zwischen den USA und der
EU auf der einen und China auf der anderen
Seite birgt auch die Gefahr einer weiteren
Eskalation des Konfliktes – bis hin zu einem
„echten“, also militärisch geführten Krieg.

Werkzeugkontrollfragen:

1. Beschreibt die Entwicklung des deutschen Imperialismus von 1945 bis heute.
 - a) Wie konnte Deutschland nach 1945 wieder zur Weltmacht aufsteigen?
 - b) Wie entwickelte sich das Verhältnis zu den USA?
 - c) Welche Kontinuitäten gibt es?
2. Was bedeutet strategische Autonomie?

Diskussionsfragen:

1. Wie können wir die Rolle der BRD in NATO und EU bewerten? Ist der deutsche Imperialismus der Vasall des US-Imperialismus?

Woran seht ihr (an Beispielen aus eurem eigenen Erfahrungsschatz, z.B. dem Schulunterricht, aber auch aus Medien), dass die Aggression gegen Russland und China durch die herrschende deutsche Politik (und ihrer Ideologieapparate) zunimmt? Wir können wir etwas dieser Hetze entgegensetzen?



Unsere Aufgaben im Kampf für unser Grundrecht auf Frieden

Neue Widersprüche im monopolistischen Kapitalismus

...

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium ist Krieg unvermeidlich. Die Arbeiterklasse zahlt dabei doppelt: Erstens den höchsten Blutzoll und zweitens die Aufrüstung. Doch das Monopolkapital übergeht auf diese Weise nicht nur das Interesse der Arbeiterklasse. Auch andere, das Kleinbürgertum¹, die Intelligenz², sogar Teile der Kapitalistenklasse selbst, haben objektiv kein Interesse an den Kriegen des Monopolkapitals. Auch sie könnten ihn mit ihrem Leben bezahlen, auch sie werden herangezogen, um die Kosten zu decken. Überhaupt muss das Monopolkapital zunehmend die gesamte Gesellschaft auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse hin ausrichten: Zulieferbetriebe müssen die Bedingungen der viel mächtigeren Monopole akzeptieren, die Universitäten müssen Waffenforschung betreiben, Ausbildungsplätze werden eingespart, dafür kommt der Jugendoffizier an die Schule und wirbt fürs #Kämpfen, kurz: der Staat bekommt die Aufgabe alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens so einzurichten, dass sie den Bedürfnissen des Monopolkapitals entsprechen. Diese Zurichtung der ganzen Gesellschaft geht auf Kosten anderer und ruft deswegen notwendigerweise Widerstandspotenzial hervor. Insbesondere ruft der imperialistische Krieg, der zerstörerischste und brutalste Ausdruck der Herrschaft des Monopolkapitals, Widerstand hervor.

Auf der anderen Seite kann das Monopolkapital versuchen, Teile der

¹ Kleinbürgertum: Selbständige mit geringen Produktionsmitteln oder wenig Kapital die sich in der Regel noch selbst voll mitarbeiten müssen (Bsp.: Handwerk, Kiosk, kleine Dienstleister).

² Intelligenz: In der Regel Akademiker, die auch ihrem Beruf nach im Bildungs-, oder Wissenschaftsbereich arbeiten.

Arbeiterklasse und anderer Schichten mit Hilfe der monopolistischen Extraprofite zu bestechen und sie so zum Tolerieren der Kriege zu bewegen (siehe Kasten 2). Aber unmittelbar braucht nur das Monopolkapital, also eine verschwindend kleine Minderheit der Gesellschaft, den Krieg, um in der kapitalistischen Konkurrenz weiter Profite zu machen. So ein Krieg kann beim heutigen Stand der Waffentechnik die Vernichtung der Menschheit bedeuten. Auf diese Weise bedroht die Existenz des Imperialismus direkt das Überleben der Gattung. In diesem Sinne kann man sagen: die Überwindung des Imperialismus ist im Interesse der Menschheit. Den Imperialismus überwinden wird allerdings nicht „die Menschheit“, sondern in erster Linie die Arbeiterklasse, weil sie das eindeutigste Interesse an der Abschaffung ihrer Unterdrückung hat und zudem dem Monopolkapital am stärksten schaden können. Allerdings braucht die Arbeiterklasse das Bündnis mit anderen, die begriffen haben, das auch ihre Interessen im Imperialismus prinzipiell nicht realisierbar sind.

... rufen neuen Widerstand hervor: demokratische Bewegungen

Vor diesem objektivem Hintergrund ist es gar nicht anders denkbar, als dass sich Menschen aus verschiedenen Überzeugungen, Klassen und Schichten in der Friedensbewegung sammeln. Es entspricht ihren Interessen. Die Friedensbewegung ist eine klassen- und weltanschauungsübergreifende, demokratische Bewegung. Unter „demokratisch“ soll hier nicht das verstanden werden, was landläufig und im bürgerlichen Sinne als demokratisch begriffen wird. Demokratisch im bürgerlichen Sinne kann eine Regierung sein, die gewählt ist, auch wenn sie dann gegen die Interessen von über 95% der Gesellschaft handelt und die Herrschaft einer verschwindend kleinen Finanzoligarchie sichert. Demokratisch soll hier (im Sinne des marxistischen Sozialwissenschaftlers Reinhard Opitz, 1934-

Text 3



1 1986) verstanden werden, als das, was den
2 Interessen der unterdrückten Mehrheit
3 dient und was darauf gerichtet ist, diese
4 Interessen durchzusetzen oder wenigstens
5 gegen die ständige Verletzung dieser
6 Interessen einzutreten. Das wäre dann auch
7 das Kriterium, an dem so eine Bewegung zu
8 messen ist.

9 Auch wenn die objektiven Bedingungen
10 verschiedenste Akteure dazu bringen, sich
11 gemeinsam zu organisieren, so sind die
12 Beweggründedennoch ganz unterschiedlicher
13 Natur. Es kann nicht vorausgesetzt werden,
14 dass sich die Menschen auf Grund einer
15 marxistischen Analyse zusammen schließen,
16 sondern wir müssen annehmen, dass die
17 meisten eher spontan etwas gegen Krieg und
18 Militarisierung unternehmen. Ohne Analyse
19 der Verhältnisse birgt dies wiederum die
20 Gefahr, inhaltliche Fehler in der Bewegung zu
21 machen. Es ist wichtig und unsere Aufgabe
22 mit ihnen und der Friedensbewegung, in
23 eine Diskussion zu kommen. Zu diskutieren,
24 welche Aufgaben die Bewegung hat, mit wem
25 sie sich gegen wen und was richten muss, um
26 (und das ist entscheidend) ihr eigenes Ziel,
27 die Verhinderung von Krieg durchzusetzen.
28 Dennoch birgt gerade diese Aufgabe, wie
29 bereits erwähnt, die Gefahr, Fehler zu machen.

31 **Falsche Friedensfreunde**

34 Da gerade die USA als Hauptkriegstreiber
35 mit den deutlich höchsten Militärausgaben,
36 den meisten Militärstützpunkten
37 usw. auch die meisten Kriege oder
38 Menschenrechtsverletzungen vorantreibt,
39 ist es alles andere als verwunderlich, dass
40 viele gegen die USA aktiv werden wollen. Wir
41 sehen darin aber eine Verkürzung. Eine solche
42 Einschätzung muss nicht zwangsläufig, kann
43 aber durchaus zu einer Politik führen, die
44 objektiv im Interesse des Teils der deutschen
45 Bourgeoise ist, der für eine stärkere
46 Konkurrenz (ökonomisch und militärisch,
47 d.h. Aufrüsten und selbständiger Agieren)
48 gegen den Konkurrenten USA plädiert. Auf
49 dieser argumentativen Linie entfalten auch
50 die Faschisten ihre Friedensdemagogie, wenn
51 sie sich gegen eine angebliche Versklavung
52 Deutschlands durch den US-Imperialismus
53 wenden und skandieren: „Kein deutsches
54 Blut für fremde Interessen“.

55 Aber auch die andere Seite der
56 Feindbestimmung gibt es noch, nämlich die,
57 nach der der Hauptfeind der fortschrittlichen
58 Kräfte das „rückschrittlichste“ Regime

sei. Von menschenrechtsbewegten
Grünalternativen bis zu Abendland-
verteidigenden Antideutschen kommen
sie dann auf Länder wie Iran, Russland oder
China. Nicht zufällig gerade jene Länder,
bei denen die NATO mit ihrer aggressiven
Außenpolitik auf Widerstand stößt. Und
ähnlich wie im Ersten Weltkrieg stellen sich
diese „Linken“ die Frage: „Wenn die NATO mit
ihren Kriegen (als Hauptziel oder auch als
„Kollateralnutzen“ – wobei tatsächlich weder
das eine noch das andere der Fall ist) auch
die westlichen Standards der Menschen- und
Bürgerrechte exportiert – warum sollten wir
dann gegen diese Kriege, gegen die NATO
oder gegen unsere eigene Regierung sein?“
Wie auch im ersten beschriebenen Fall,
landen diese Kräfte aufgrund ihrer falschen
Bestimmung des Hauptfeindes auf einer
Linie mit dem deutschen Kapital (bzw. Teilen
davon) und seinen Expansionszielen¹. Oder
sie meinen zumindest beide Seiten, auf der
einen die USA und auf der anderen Seite
Russland und China seien „gleich schlimm“.
Dabei verkennen sie, dass die Kriegsgefahr
eindeutig von der NATO ausgeht und
neigen dazu, dieser Aggressionen keinen
Widerstand entgegenzusetzen, sondern in
Passivität zu verfallen. Diese Position nennt
man „äquidistant“ und ist ebenfalls eine
Gefahr, eben weil sie die Friedensbewegung
neutralisiert. Wir dagegen bleiben besonders
heute bei der Losung Liebkechts: Der
Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt
deutscher Imperialismus! So kann dann
auch verstanden werden, welche Interessen
z.B. hinter dem medialen Wirbel um z.B.
Nawalny in Russland oder den Uiguren in
China gemacht wird. Dann hat auch die
Friedensbewegung das Potential, nicht nur
den „Kampf für Frieden“, sondern den Kampf
gegen den Imperialismus für Frieden zu
führen.

Kein „Vasall“: Beispiel Büchel und Ramstein

Büchel und Ramstein sind zwei Stützpunkte
der US-Armee in Deutschland. In Büchel
lagern US-Atombomben, die auch von
deutschen Tornados abgeworfen werden
können, was dort auch geübt wird. Der
US-Militärstützpunkt Ramstein ist ein

¹ Neue Absatzmärkte erschließen, Handelswege fürs deutsche Kapital sichern, günstige Produktionsstandorte sichern.

1 zentrales Drehkreuz für die Vorbereitung
 2 und Durchführung völkerrechtswidriger
 3 Angriffskriege. Die meisten tödlichen Einsätze
 4 US-amerikanischer Kampfdrohnen werden
 5 über die Satellitenrelaisstation auf der US-
 6 Air-Base Ramstein durchgeführt. Zugleich
 7 ist Ramstein logistisch unverzichtbar für die
 8 Durchführung des brutalen US/NATO-Kriegs
 9 in Afghanistan und des US-Angriffskriegs
 10 in Irak. Gleiches gilt für drohende US-
 11 Interventionskriege, einschließlich an den
 12 Grenzen zu Russland. Es ist also völlig klar,
 13 dass wir für die sofortige Schließung beider
 14 Basen sind. Insbesondere in Büchel sind wir
 15 als SDAJ auch seit Jahren an den Protesten
 16 beteiligt. Es wäre jedoch ein Fehler, die
 17 Friedensbewegung auf Aktionen gegen
 18 diese beiden Militärbasen zu verengen. Wir
 19 stellen außerdem klar: Die Basen sind keine
 20 US-Besatzung, sondern befinden sich hier
 21 mit ausdrücklicher vertraglicher Tolerierung
 22 der Bundesregierung. Auch ist es nicht etwa
 23 der „Vasall“, der widerwillig die Basen auf
 24 dem eigenen Territorium erdulden muss.
 25 Denn von der Bundesregierung wird auch
 26 immer wieder betont, wie wichtig ihr die
 27 „nukleare Teilhabe“ ist, also der Zugriff der
 28 Bundeswehr auf US-Atombomben mit der
 29 USA und BRD den Atomwaffensperrvertrag
 30 brechen. Die Bundesregierung macht
 31 sich damit freiwillig zur Komplizin und
 32 Mittäterin an Krieg und Mord in aller Welt.
 33 Sie tut dies als souveräne Vertreterin der
 34 Interessen des deutschen Monopolkapitals,
 35 das selbstverständlich ein großes Interesse
 36 am Zugang zu den Atombomben als Waffe
 37 gegenüber unliebsamen Konkurrenten auf
 38 dem Weltmarkt hat. Wir richten uns neben
 39 der Forderung nach Schließung der beiden
 40 Basen insbesondere gegen diese atomare
 41 Teilhabe der BRD, die sich aktuell darin zeigt,
 42 dass die Bundesregierung die Luftwaffe der
 43 Bundeswehr u.a. mit Bombern aufrüsten
 44 will, die auch mit den in Büchel gelagerten
 45 Atomsprengeköpfe ausgerüstet werden
 46 können.

47 **Unsere Rolle in der** 48 **Friedensbewegung** 49 50

51
 52
 53 Wenn wir die Friedensbewegung also als eine
 54 klassen- und weltanschauungsübergreifende,
 55 demokratische Bewegung begreifen, dann
 56 sehen wir klarer, was unsere Aufgaben als
 57 junge Sozialistinnen und Sozialisten dort sind
 58 und auch, wo mögliche Fehler und Gefahren



lauern.

Zunächst wäre da die Gefahr, sich selbst zu einem Anhängsel bürgerlicher Kräfte in der Bewegung zu machen und kritiklos „der Breite des Bündnisses wegen“ alles mitzutragen. Auf der anderen Seite bietet der Kampf um den Frieden die besondere Chance, die Arbeiterklasse und andere Schichten in einen gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, das Monopolkapital, zu führen. Das muss für uns eine hohe Bedeutung haben, weil wir mit Lenin davon ausgehen, dass man „[e]inen mächtigeren Gegner [...] nur dann besiegen [kann], wenn man [...] jeden, selbst den kleinsten „Riß“ zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz [...] zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein.“¹ (Lenin: Linker Radikalismus).

Das heißt: wir respektieren natürlich andere politische Kräfte in der Bewegung. Wir freuen uns über jede und jeden, die mit uns gemeinsam dort für die Verhinderung von Kriegen kämpft – ganz egal ob aus religiösen, humanistischen, sozialistischen oder anderen Motiven. Wir verlangen auch nicht, dass unsere Imperialismus-Analyse als gemeinsame Grundlage von allen geteilt wird. Das würde die Bewegung verengen und wäre sektiererisch. Gleichzeitig bietet die Imperialismus-Theorie den unschätzbaren

1 W.I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Lenin Werke, Band 31, Petrograd 1920, S. 1-105, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1920/linksrad/>

1 Vorteil, die Ursache der Kriege im
2 Imperialismus zu erkennen, während andere
3 als Ursache eher Machtgier, Fanatismus,
4 oder das Böse im Menschen heranziehen.
5 Der Marxismus bestätigt und kritisiert
6 andere friedenspolitische Haltungen in der
7 Bewegung zur gleichen Zeit. Er bestätigt sie
8 im Kampf gegen den imperialistischen Krieg,
9 aber er kritisiert diese Strömungen zugleich,
10 weil sie den Ursprung der Kriege verkennen
11 und daher kopflos, gegen alle gleichermaßen,
12 für „den Frieden“ kämpfen, anstatt den
13 Imperialismus (zumindest zeitweilig) zum
14 Frieden zu zwingen und dafür den Hauptstoß
15 der Bewegung gegen das Monopolkapital zu
16 richten.

17 Das heißt konkret: Wir machen unser
18 Imperialismusverständnis nicht zur
19 „Eintrittskarte“ in die Friedensbewegung.
20 Dann würden wir schnell andere
21 ausschließen oder uns selbst an den Rand
22 drängen. Wir können nicht voraussetzen, dass
23 Bündnispartner die gleiche Weltanschauung
24 wie wir haben oder diese teilen. Es ist unsere
25 Aufgabe, uns in die Bündnisse einzubringen,
26 um Ausrichtungen und Aktionsformen so
27 zu gestalten, dass die Arbeiterklasse mehr
28 für den Friedenskampf gewonnen werden
29 kann und das Bündnis möglichst breit
30 aufzustellen. Aber wir vertreten unsere
31 Position offen, weil wir glauben, dass sie für
32 die Friedensbewegung unersetzbar ist, um
33 wirklich für Frieden kämpfen zu können. Wir
34 machen kein Geheimnis draus, dass wir in der
35 SDAJ organisiert sind, dass wir der Meinung
36 sind, dass der Sozialismus eine Notwendigkeit
37 ist, um Frieden überhaupt garantieren
38 zu können. Wir dürfen nicht im Bündnis
39 aufgehen, dass heißt, auf Aktionen nur noch
40 für das Bündnis auftreten. Im Gegenteil, wir
41 müssen als Kommunisten klar erkennbar
42 sein. Und wir kämpfen für den Frieden auch
43 nicht nur zu Ostern und in den Bündnissen,
44 sondern verbinden Antimilitarismus mit
45 unseren Kämpfen an Schule und Betrieb.
46 Denn diese Kämpfe richten sich gegen
47 den gleichen Gegner: Gegen die deutsche
48 Monopolbourgeoisie.

49
50 Davon ausgehend ist es wichtig
51 „demokratische Alternativen“ (R. Opitz), die
52 beispielsweise den Kampf für Abrüstung
53 oder Frieden mit Russland und China
54 zum Ziel haben, zu entwickeln, die all den
55 friedliebenden Menschen in der Bewegung
56 einsichtig sind, weil sie auch ihren objektiven
57 Interessen entsprechen und gleichzeitig
58 darauf gerichtet sind, das Monopolkapital als

Gegner zu erkennen und es „zum Frieden zu zwingen“. Das sind aktuell zum Beispiel die Forderung, wie „Abrüsten statt Aufrüsten“, „Stopp aller Auslandseinsätze!“, „Keine Drohnen für die Bundeswehr!“, „Weg mit den Atomwaffen/keine atomare Teilhabe!“, „Keine Hetze gegen Russland und China!“ u.a.

Werkzeugkontrollfragen:

1. Welches Interessen haben die antagonistischen Klassen im Imperialismus an Frieden bzw. Krieg?
2. Von welchen „falschen Friedensfreunden“ spricht der Text? Kennt ihr lokale/aktuelle Beispiele für solche?

Diskussionsfragen:

1. Wieso stellen wir uns so klar gegen Äquidistanz – ist Krieg nicht allgemein etwas, dass unserem Interesse als Klasse widerspricht?
2. Was sind „No-Gos“ für unsere

- friedenspolitische Bündnisarbeit?
3. Warum reicht es uns nicht, nur mit der Arbeiterklasse gegen Krieg zu kämpfen?
 4. Welche Probleme seht ihr in Friedenbündnissen oder in eurer antimilitaristischen Arbeit vor Ort, an euren Schwerpunkten, in den Gewerkschaften usw.? Wie kann interessensgeleiteter Antimilitarismus in Schule und Betrieb aussehen?

Weiterführende Lektüre:

Wenn ihr euch weiter mit dem Thema beschäftigen wollt, empfehlen wir euch folgende Texte:

Holz: Kommunisten heute, Essen 1995 (vor allem das Kapitel: „Zur Bestimmung des Epochenbegriffs“)

Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_189.htm

Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land, http://www.mlwerke.de/kl/kl_001.htm

Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknechtk/1907/mil-antimil/>

Opitz (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln 1977

SDAJ-Grundlagenschule (Abschnitt: Imperialismus): <https://www.sdaj.org/material/grundlagenschule/>
SDAJ-Bildungszeitung „Deutschlands Griff nach der Weltmacht“, <https://www.sdaj.org/2017/01/16/deutschlands-griff-nach-der-weltmacht-2016/>

SDAJ-Bildungszeitung „Reaktionärer Staatsumbau“, <https://www.sdaj.org/2017/01/20/reaktionaerer-staatsumbau-2019/>

Togliatti: Rede auf dem VII. Weltkongress, in: Palmiro Togliatti. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Hrsg.: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Dietz Verlag Berlin 1977. S. 43-132

Bildquellen:

Bohdan Bobrowski / flickr.com / CC BY 2.0
ISAF Headquarters / CC BY 2.0 / wikimedia
Lutz Blohm / flickr-com_CC BY-SA 2.0
Max-Moreau / flickr.com CC BY 2.0
stefan kottas flickr.com / CC BY 2.0

SDA★